

II.

Die Volksabstimmungen im Kanton St. Gallen. 1891—1902.

Mit der neuen Kantonsverfassung vom 16. November 1890 — der fünften seit dem Bestande des Kantons — ist neben einer dem Zuge der neuen staatlichen Entwicklung folgenden, namhaften Ausdehnung des wirtschaftlichen und sozialen Aufgabenkreises des Staates auf den verschiedenen Gebieten geistiger und materieller Wohlfahrt gleichzeitig auch eine wesentliche Erweiterung der Institutionen der demokratischen Volksrechte ins Leben getreten, durch welche dem Träger der obersten Staatsgewalt, der Gesamtheit der stimmberechtigten Bürger, ein wesentlich erweitertes Mass direkter Betätigung mit bezug auf die Weiterentwicklung der kantonalen Gesetzgebung eingeräumt worden ist.

In Fragen der Verfassung hat die schon vorher bestandene Einrichtung des obligatorischen Referendums für Total- und Partialrevisionen, sowie das Recht der Initiative für einen Bruchteil von 10,000 stimmberechtigten Bürgern Wiederaufnahme auch in der neuen Kantonsverfassung gefunden, letzteres Recht — die Initiative für Partialrevisionen — mit der Erweiterung, dass nunmehr die mit der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfes zu betrauende Behörde: Verfassungs- oder Grosser Rat nach Art. 116, Satz 3 der K. V., „eine dem Inhalt des *Initiativbegehrens* entsprechende Vorlage auszuarbeiten und der Volksabstimmung zu unterbreiten hat“, während früher die verfassungsgebende Behörde an keinerlei materielle Direktiven der Initianten gebunden war. Eine wesentlich weitergehende, dem Effekte nach dem obligatorischen Referendum nahezu gleichkommende Neu- und Ausgestaltung erfuhr das Recht der direkten Beteiligung des Volkes in Fragen der *Gesetzgebung*. Früher, d. h. seit der Verfassungsnovelle von 1875, war für die erfolgreiche Geltendmachung des fakultativen Referendums, d. h. eines Begehrens um Anordnung einer allgemeinen Volksabstimmung über ein vom Grossen Rate erlassenes Gesetz oder einen allgemein verbindlichen und nicht dringlichen Beschluss des Grossen Rates, die Stellung

eines solchen Begehrens durch 6000 stimmberechtigte Bürger, schriftlich oder mündlich beim zuständigen Gemeindeamt oder durch Abzählung an öffentlichen Bürgerversammlungen, innert 30 Tagen seit der Bekanntmachung, erforderlich.

Unter der Herrschaft der neuen Kantonsverfassung ist hingegen zunächst einmal durch Art. 47 und 48 derselben die Zahl der erforderlichen Referendumsunterschriften von 6000 auf 4000, d. h. vom zirka siebenten oder achten auf den zwölften bis dreizehnten Teil der Gesamtzahl der Stimmfähigen reduziert; im weitem ist auch die Form der Beibringung derselben auf die schriftliche, eigenhändige Unterzeichnung von sogenannten „Referendumsbogen“ beschränkt, zu deren Gültigkeitserklärung überdies, wie auch bei Initiativbegehren, nicht mehr das frühere strenge Requisite der Beglaubigung der Echtheit der Unterschrift, sondern lediglich die Bescheinigung der Stimmberechtigung verlangt wird. Neben dem erwähnten Bruchteil der Gesamtheit der stimmberechtigten Bürger hat auch der dritte Teil sämtlicher Mitglieder des Grossen Rates (d. h. 1890 bis 1902 deren 55) das Recht, von sich aus eine Vorlage direkt an die Abstimmung des Volkes zu bringen, eine Befugnis, von der bereits wiederholt Gebrauch gemacht worden ist; des weitem ist dem Grossen Rate die Kompetenz eingeräumt, auch einzelne Teile einer Vorlage gesondert zur Volksabstimmung zu bringen, sowie über Aufnahme einzelner Grundsätze in ein zu erlassendes Gesetz eine Volksabstimmung ergehen zu lassen.

Nach dem Vorgang mehrerer anderer Kantone hat das neue Grundgesetz zu dem erleichterten Recht des Referendums dasjenige der Initiative hinzugefügt, und zwar in der Form, dass ein bestimmter Bruchteil der stimmberechtigten Bürger beim Grossen Rate — sei es in der Form einer allgemeinen Anregung, sei es durch Einreichung eines ausgearbeiteten Entwurfes — das Begehren auf Erlass, Aufhebung oder Abänderung eines Gesetzes oder eines verfassungsgemäss nicht in

die ausschliessliche Kompetenz des Grossen Rates fallenden Beschlusses zu stellen berechtigt ist; immerhin mit der Beschränkung, dass Initiativbegehren auf Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes frühestens drei Jahre nach dessen Inkrafttreten zulässig sind.

Ein solches Initiativbegehren muss zur Volksabstimmung gebracht werden, wenn es von 4000 stimmberechtigten Bürgern innert sechs Monaten seit der Anmeldung des Begehrens unterstützt wird; dem Grossen Rate steht dabei das Recht zu, neben dem von den Initianten gemachten Vorschläge gleichzeitig eigene Anträge auf Verwerfung des Begehrens oder auf eine abgeänderte Fassung desselben dem Volke zu unterbreiten.

Es sind nunmehr zwölf Jahre ins Land gegangen, seit mit den übrigen Neuerungen der Verfassung auch die erweiterten Volksrechte in bezug auf die Ausgestaltung von Verfassung und Gesetzgebung ihre Gültigkeit erhalten haben. Da bedarf es, angesichts des der politischen Statistik in weiteren, offiziellen und ausseramtlichen Kreisen entgegengebrachten Interesses, wohl keiner nähern Begründung, wenn sich die nachfolgenden Tabellen die Aufgabe stellen, anschliessend an eine frühere analoge Zusammenstellung der Volksabstimmungen von 1831—1894¹⁾, über die innert dem genannten Zeitraum mit der Handhabung der erweiterten Volksrechte gemachten Erfahrungen, beziehungsweise über die von 1891 bis 1902 erfolgten Volksabstimmungen in Fragen der Verfassung und Gesetzgebung einen summarischen Überblick zu veranstalten, und hierbei, soweit möglich, gleichzeitig mit der Konstatierung des positiven oder negativen Ergebnisses der einzelnen Volksentscheide, die bei den letztern zu Tage tretenden Erscheinungen bezüglich der Beteiligung der Stimmberechtigten und des prozentualen Verhältnisses der Zahl der Annehmenden, beziehungsweise eine Vorlage Bejahenden, zu derjenigen der Stimmberechtigten und der abgegebenen gültigen Stimmen anzuführen. Der obwaltende enge, sachliche Zusammenhang dürfte es wohl rechtfertigen, neben diesen Angaben über die Entwicklung der kantonalen Verfassungs- und Gesetzgebungsfragen zugleich auch die innert dem nämlichen Zeitraume auf eidgenössischem Gebiete erfolgten Volksentscheide sich zu vergegenwärtigen und, soweit dies die vorhandenen Angaben zulassen, nach den vorerwähnten Gesichtspunkten der prozentualen Stimmbeteiligung und des Verhältnisses der Annehmenden zur Gesamtzahl der Stimmberechtigten und der jeweiligen abgegebenen gültigen Stimmen, die Reihenfolge der

bisher ergangenen eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen in die Darstellung einzubeziehen.

Nach der die Abstimmungen in kantonalen Fragen beschlagenden Tabelle I haben in genanntem Zeitraum an 11 Abstimmungstagen 13 Volksentscheide stattgefunden; in zwei derselben handelte es sich um Initiativbegehren auf Partialrevision der Verfassung im Sinne der Einführung des proportionalen Wahlverfahrens, beidemal mit negativem Erfolg, das erstemal (1893) mit 22,143 gegen 19,875, das zweitemal (1901) mit 24,919 gegen 24,419 Stimmen.

Die übrigen 11 Abstimmungen beziehen sich auf Gesetzesvorlagen, welche teils, in vier Fällen, durch verfassungsmässiges Begehren des Drittels der Grossratsmitglieder, teils, in sechs Fällen, durch Sammlung der erforderlichen 4000 Referendumsunterschriften, teils, in einem Fall (Hypothekarzinsfuss), zufolge eines gestellten Initiativbegehrens dem Entscheide des Volkes unterbreitet worden sind. Von den 11 an den Volksentscheid gebrachten Gesetzgebungsvorlagen haben nur 2 eine bejahende Mehrheit der Stimmenden auf sich vereinigt, nämlich in einem Fall entschied sich die Mehrheit für Gutheissung des aus der Volksinitiative hervorgegangenen Gesetzesvorschlages betreffend Herabsetzung des Zinsfussmaximums für Hypothekarschulden auf 4 % (1896) und wiederum in einem Fall (1899) fand sich eine bejahende Mehrheit der Stimmenden, welche der vom Grossen Rate beantragten Revision des eben erwähnten Initiativgesetzes über das Hypothekarzinsfussmaximum im Sinne der Wiedererhöhung desselben auf 4½ % zustimmte.

In 9 von 11 Fällen hat sich dagegen die Mehrheit der Stimmenden im Sinne der Ablehnung der grossrätlichen Gesetzesvorlagen ausgesprochen.

Es bezog sich dieses ablehnende Votum auf folgende gesetzgeberische Materien: Neuregelung des bürgerlichen Begräbniswesens, zugleich im Sinne der fakultativen Zulassung der Feuerbestattung und der Förderung der unentgeltlichen Beerdigung in den Gemeinden (zweimal, 1892 und 1899); Regelung des Jagdwesens im Sinne der Einräumung des Entscheidungsrechtes an die Gemeinden über Patent- oder Reviersystem (1896); Einführung der obligatorischen Viehversicherung unter namhafter finanzieller Beteiligung des Staates (1896); Neuorganisation der obligatorischen kantonalen Brandversicherungsanstalt für Gebäude, mit neuer Klassifikation der Gebäude (1896); Einführung eines IV. Kurses im kantonalen Lehrerseminar (1897); Revision einzelner Bestimmungen der Gerichtsorganisation, sowie der Prozessordnung für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (1897); Revision der gesamten Gesetzgebung über die direkten Staatssteuern (1900); Ein-

¹⁾ Zusammenstellung der Ergebnisse der Volksabstimmungen im Kanton St. Gallen 1831—1894; bei der Staatskanzlei St. Gallen zu beziehen.

führung des von der Lehrerschaft angestrebten Institutes einer kantonalen Lehrersynode (1901).

In den vorerwähnten, in überwiegender Mehrzahl zu ablehnendem Resultate gelangten Volksentscheiden tritt uns die seiner geschichtlichen Entwicklung aus dem frühern Veto entsprechende *negative* Seite der Wirksamkeit des fakultativen Referendums entgegen; für die Beurteilung der Gesamtwirkung, welche die erweiterten Volksrechte des neuen Grundgesetzes auf die Entwicklung der Gesetzgebung ausgeübt haben, dürfen und müssen aber auch, neben den ablehnenden Volksentscheiden, die *positiven* Ergebnisse der Legislative, nämlich die unter stillschweigender Zustimmung des Volkes ohne Geltendmachung des Referendums in Kraft getretenen gesetzgeberischen Schöpfungen mit ins Auge gefasst werden. Unter Mitberücksichtigung dieser vom positiven Erfolg begleiteten legislatorischen Bestrebungen bietet sich dann allerdings ein, wenn auch nicht allen Wünschen und Anforderungen gerecht werdendes, so doch wesentlich freundlicheres Bild von der Ausgestaltung unserer kantonalen Gesetzgebung. Ein auch nur flüchtiger Blick auf die Angaben von Tabelle II, welche die gesamten gesetzgeberischen Bestrebungen und Produkte des in Frage stehenden Zeitraums, sowohl die vom Volke abgelehnten, als die unter stillschweigender Einwilligung des letztern in Kraft getretenen, in chronologischer Reihenfolge vergegenwärtigt, erbringt zur Genüge den Beweis, dass die st. gallische Gesetzgebung durch die erweiterten Volksrechte der neuen Verfassung keineswegs zum Stillstand verurteilt wurde, sondern unter ihrer Herrschaft auf mehr als einem der verschiedenen Gebiete des staatlichen Aufgabenkreises, in Verwaltung, Rechtspflege und Wohlfahrtseinrichtungen, auf geistigem und materiellem Gebiete, manch nützliche Errungenschaft und Verbesserung zu verzeichnen ist.

Häufiger als in kantonalen Verfassungs- und Gesetzgebungsfragen sind während des in Frage stehenden Zeitraumes auf *eidgenössischem* Gebiete die stimmberechtigten Bürger zur Entscheidung an die Urne gerufen worden. Neben den 13 erwähnten kantonalen Abstimmungen haben, wie aus Tabelle III ersichtlich, innerhalb des nämlichen Zeitraumes von 1891—1902 in Sachfragen an 18 Tagen Volksabstimmungen über 25 Vorlagen stattgefunden, welche im Kanton in 9 Fällen, in der gesamten Eidgenossenschaft in 11 Fällen die Mehrzahl der Stimmen im Sinne der Annahme oder Bejahung der Vorlage auf sich vereinigt haben.

Übereinstimmend haben nämlich von diesen 25 eidgenössischen Vorlagen in Kanton und Eidgenossenschaft folgende 9 die annehmende Mehrheit der Stimmenden gefunden: Einführung der Initiative für Partialrevisionen der Bundesverfassung 1891; Zolltarif 1891;

Banknotenmonopol (Verfassungsgrundsatz) 1891; Eisenbahnrechnungsgesetz 1896; Gesetzgebung des Bundes über Lebensmittelpolizei 1897; Eisenbahnrückkaufsgesetz 1898; Rechtseinheit in Zivil- und Strafrecht 1899; Bundessubvention der Volksschule 1902. Im Kanton sind verworfen, in der Eidgenossenschaft dagegen angenommen worden: Die beiden Vorlagen betreffend Einführung des Schächtverbotes und Erweiterung des Gesetzgebungsrechtes des Bundes über Forst- und Wasserbaupolizei; bei allen übrigen Vorlagen haben dagegen Kanton und Eidgenossenschaft ein mehrheitlich ablehnendes Abstimmungsresultat zu Tage gefördert.

* * *

Bei diesem Anlasse dürfte es vielleicht nicht ohne Interesse sein, den vergleichenden Rückblick, soweit dies die in den offiziellen Publikationen mitgeteilten Abstimmungszahlen zulassen, auch noch auf die weiter zurückliegenden Abstimmungen auszudehnen.

Auf *kantonalem* Boden haben seit 1861 — die frühern Volksentscheide auf Grund des „Vetos“, wie es durch die Verfassung von 1831 eingeführt worden war, können mit Rücksicht auf die damals über die Feststellung des Volkswillens in Geltung gestandenen eigenartigen Bestimmungen wohl kaum mehr mit den Ergebnissen der neuern Einrichtungen verglichen werden — insgesamt an 28 Abstimmungstagen 46 Vorlagen den Entscheid des Volkes über sich ergehen lassen müssen, wovon 20 — wenn die separat zur Abstimmung gebrachten, verschiedenen Revisionspunkte der Partialrevisionen von 1875 und 1877 gesondert berechnet werden — sich auf Fragen der Verfassung und 26 auf gesetzgeberische Vorlagen bezogen. Von allen 46 Vorlagen haben nur 9 die annehmende, resp. bejahende Mehrheit der Stimmenden auf sich vereinigt, und zwar 5 in Verfassungsfragen, nämlich die Verfassungsentwürfe von 1861 und 1890, ein Punkt der Partialrevision von 1875, betreffend Erleichterung des Referendums, eine auf rein formelle Fragen sich beziehende Partialrevision von 1881 und die Bejahung der Frage über Vornahme einer Totalrevision der Verfassung vom Jahre 1889. Sodann noch 4 gesetzgeberische Erlasse: unter der alten Verfassung: das Begräbnisgesetz von 1873 und das Spezialstrafgesetz von 1874, betreffend Störung des konfessionellen Friedens; und unter der Herrschaft der neuen Verfassung: die beiden Zinsfussgesetze für Hypothekarschulden von 1896 und 1899. Alle andern Vorlagen, 37 an der Zahl, wovon 15 über Verfassungsfragen und 22 über legislatorische Schöpfungen, haben hingegen zu einem mehrheitlich verneinenden Resultate geführt. Wenn auch noch die frühern Abstimmungen unter der Herrschaft der 31er Verfassung mitberechnet werden

wollen — 16 an der Zahl, wovon 12 auf Verfassungs- und 4 auf gesetzgeberische Fragen bezüglich — so steigt die Gesamtzahl der kantonalen Abstimmungsvorlagen auf 62, die Zahl der Abstimmungstage, resp. -perioden auf 43; 32 der erstern bezogen sich auf Verfassungs-, 30 auf gesetzgeberische Fragen.

Auf *eidgenössischem* Boden sind seit 1848, das heisst seit der Einführung der bundesstaatlichen Organisation der Eidgenossenschaft, an insgesamt 38 Abstimmungstagen, wenn die neun einzelnen Revisionspunkte der Partialrevisionsabstimmung vom Jahr 1866 gesondert gerechnet werden, 59 Vorlagen dem Entscheide der stimmberechtigten Bürger unterbreitet worden, von denen im Kanton insgesamt 19, in der ganzen Eidgenossenschaft 23 eine annehmende, beziehungsweise bejahende Mehrheit auf sich vereinigt haben, somit im Kanton 40, in der Eidgenossenschaft 36 verneinend entschieden worden sind. Von der Gesamtzahl der 59 Vorlagen haben sich 33 auf Verfassungsfragen, 26 auf Produkte der Gesetzgebung bezogen; von den erstern, verfassungsrechtlichen Vorlagen fanden im Kanton 14, in der Eidgenossenschaft 15 eine annehmende, dagegen im Kanton 19 und in der Eidgenossenschaft 18 eine verwerfende Mehrheit. 28 dieser verfassungsrechtlichen Vorlagen gingen aus der Initiative der eidgenössischen Räte als gesetzgebender Körperschaft, 5 dagegen aus der Volksinitiative hervor, bei welcher letztern nur in einem Fall ein bejahendes Resultat zu Tage trat, nämlich bei der Einführung des Schächtverbotes von 1893.

Zu diesen 33 Verfassungsfragen kommen nun noch 26 gesetzgeberische Referendumsvorlagen, mit bezug auf welche von dem in Art. 89 der Bundesverfassung niedergelegten Volksrecht des fakultativen Referendums mittelst Einreichung von wenigstens 30,000 Unterschriften Gebrauch gemacht worden ist. 5 von diesen 26 Gesetzgebungsvorlagen sind im Kanton zur Annahme gelangt, nämlich: Alpenbahnsubvention 1879, Alkoholgesetz 1887, Zolltarif 1891, Eisenbahnrechnungsgesetz 1896 und Eisenbahnrückkauf 1898. Die übrigen 21 haben das Schicksal der Verwerfung miteinander geteilt. Die Gesamtergebnisse der ganzen Eidgenossenschaft zeigen ein etwas, wenn auch unerheblich, günstigeres Ergebnis; von den 26 Gesetzgebungsvorlagen haben nämlich 8, also 3 mehr als im Kanton, eine annehmende Mehrheit auf sich vereinigt, nämlich zu den 5 vorhin genannten noch das eidgenössische Zivilstands- und Ehegesetz von 1874, das Fabrikgesetz von 1877 und das Betreibungs- und Konkursgesetz von 1889; immerhin hat also auch in der Eidgenossenschaft das Gesetzesreferendum in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle (18 von 26 = $\frac{2}{3}$) ein negatives Resultat zu Tage gefördert.

Noch mag es gestattet sein, an diesen allgemeinen Überblick einige kurze Erörterungen über einzelne bei den eidgenössischen wie bei den kantonalen Abstimmungen zu Tage getretene Erscheinungen anzureihen.

Was zunächst die *Stimmbeteiligung*, d. h. das Verhältnis der an einer Abstimmung effektiv durch gültige Stimmabgabe sich Beteiligten zur Zahl der Stimmberechtigten betrifft, so weisen die kantonalen Abstimmungsergebnisse gegenüber den gesamteidgenössischen einen nicht zu verkennenden Vorrang auf; der höchste Prozentansatz der Stimmbeteiligung bei den gesamtschweizerischen Resultaten erreicht die Zahl von 77.5% — bei der Abstimmung über den Eisenbahnrückkauf, während die kantonale Maximalziffer bei der gleichen Abstimmungsgelegenheit auf 85.7% steigt und noch eine, wenn auch nicht sehr grosse Zahl weiterer Abstimmungen, nämlich betreffend den Schulsekretär 1882, betreffend das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs 1889, betreffend die Zollinitiative 1894, betreffend den Verfassungsgrundsatz der Kranken- und Unfallversicherung 1890, betreffend die Revision der Militärartikel 1895, den eidgenössischen Maximalansatz übersteigen. Die schwächste Stimmbeteiligung bei den gesamteidgenössischen Abstimmungsergebnissen geht umgekehrt — bei der Frage über Erweiterung des Gesetzgebungsrechtes des Bundes über Forst- und Wasserbaupolizei und Lebensmittelpolizei (1897) bis auf 34% der Stimmberechtigten zurück, während der tiefste Prozentansatz der kantonalen Resultate bei der gleichen Abstimmung immerhin noch die nahezu doppelt so hohe Ziffer von 62.3% erreicht.

Wir dürfen diese nicht zu ungunsten des Kantons ausfallende Vergleichungsdifferenz wohl unstreitig auf die vom st. gallischen öffentlichen Recht, im Gegensatz zu manchen andern Kantonen, von jeher aufrecht gehaltene Institution des *Stimmzwanges* zurückführen, und es ist nur zu wünschen, dass stets der wohlthätigen und berechtigten Vorschrift auch ein wirksamer und konsequenter Vollzug verschafft werde. Der Umstand, dass auch im Kanton bei einer Reihe von Abstimmungen auf eidgenössischem und kantonalem Gebiete weniger als 70% der Stimmberechtigten sich beteiligten, lässt immerhin darauf schliessen, dass die Handhabung des Stimmzwanges vielerorts nicht eine allzu rigorose genannt werden kann.

Im Verhältnis der Zahl der Annehmenden zu derjenigen der Stimmberechtigten ist sodann bei den kantonalen Abstimmungsergebnissen eine grössere Differenz zwischen Minimal- und Maximalansätzen zu konstatieren als bei den gesamteidgenössischen, indem die letztern nur zwischen 10.7 und 52.6%, die erstern

dagegen zwischen 6.9 und 71.3 % variieren. Die gleiche Erscheinung tritt uns entgegen beim Verhältnis der Zahl der Annehmenden zur Zahl der gültigen Stimmen, welches bei den kantonalen Resultaten zwischen 9.5 und 83.1 %, bei den gesamteidgenössischen Resultaten zwischen 19.7 und 77.9 % differiert; ebenso bei der Vergleichung der Bruchteile der Zahl der Stimmberechtigten, welche in eidgenössischen Angelegenheiten über Annahme oder Verwerfung einer Vorlage entschieden haben; bei den kantonalen Abstimmungsergebnissen differieren diese Bruchzahlen zwischen 32 und 71 %, bei den eidgenössischen und zwischen 20 53 %.

Einen ausserordentlich grossen Abstand erzeugen schliesslich die Abstimmungsergebnisse in kantonalen Angelegenheiten hinsichtlich des prozentualen Verhältnisses zwischen der Zahl der Annehmenden und der gültigen Stimmen. Das Verzeichnis der Abstimmungen weist einen Volksentscheid vom Jahre 1863 auf über das damalige Staatssteuergesetz, wo nicht mehr als 3.8 % aller gültigen Stimmen sich für Annahme der Vorlage aussprachen, während hinwieder die Verfassung von 1861 durch volle 96.6 % aller gültigen Stimmen ihre Sanktion erhielt. Wenn schliesslich mit bezug auf alle seit 1848 ergangenen 59 Abstimmungen in eidgenössischen Angelegenheiten die Häufigkeit bezw. Tendenz der Annahme oder Verwerfung in den verschiedenen Kantonen in Vergleichung gesetzt wird, so ergibt sich nachstehende Reihenfolge der Kantone:

	Annehmende Stimmen	Verwerfende Stimmen		Annehmende Stimmen	Verwerfende Stimmen
1. Baselstadt	46	13	14. Zug	24	35
2. Zürich	44	15	15. Waadt	24	35
3. Glarus	43	16	Gesamte Schweiz	23	36
4. Thurgau	43	16	16. Obwalden	21	38
5. Baselland	41	18	17. Luzern	20	39
6. Solothurn	40	19	18. Schwyz	19	40
7. Schaffhausn	37	22	19. St. Gallen	19	40
8. Neuenburg	36	23	20. Nidwalden	17	42
9. Aargau	35	24	21. Freiburg	16	43
10. Genf	31	28	22. Graubünden	15	44
11. Bern	28	31	23. Uri	14	45
12. Appenzell A.-Rh.	26	33	24. Wallis	10	49
13. Tessin	25	34	25. Appenzell L.-Rh.	6	53

Es kann selbs verständlich nicht in der Aufgabe der vorwüflichen Erörterungen liegen, sei es mit bezug auf die eidgenössischen, sei es auf die kantonalen Abstimmungsergebnisse, die letztern einzeln oder in ihrer Gesamtheit zum Gegenstand kritischer Beurteilung zu machen; denn es leuchtet ohne weiteres ein, dass, wenn auch zweifelsohne das Bedauern über das Scheitern mancher durch Volksverdict abgelehnter gesetzgeberischer Schöpfungen ein von weiteren Kreisen übereinstimmend empfundenes ist, in der Wertung sowohl der einzelnen

Volksentscheide als auch der den letztern zu Grunde liegenden Institutionen der Volksrechte selbst, der subjektive und persönliche Standpunkt des Beurteilers entscheidend in die Wagschale fällt.

Vorstehende Ausführungen, welche lediglich einen orientierenden Überblick über die Ergebnisse der neuern Volksabstimmungen zu bieten versuchten, sind daher wohl nicht besser zum Abschluss zu bringen, als durch Anführung der von objektiver Abwägung der Verhältnisse geleiteten Worte, mit denen Professor Dr. v. Salis in seiner Besprechung der eidgenössischen Gesetzgebung und damit auch der Resultate des Referendums in Heft 21 des „Volkswirtschaftlichen Lexikons der Schweiz“ von Professor Reichesberg sich folgendermassen ausspricht:

„Die Ansichten der Parteien über den Wert des Referendums sind heute, nach bald dreissigjähriger Erfahrung, wesentlich andere als zurzeit der Einführung dieser Institution in das Verfassungsrecht. Sind auch die erzielten Resultate in Bund und in Kantonen keineswegs identisch, so dürfte hier ebenso wenig wie dort ein erfolgreicher Versuch auf Aufhebung dieses Volksrechtes unternommen werden.

„Es kann sich auch für die Zukunft nur um Ausgestaltung des Referendums handeln, und zwar in der von Nationalrat Rudolf Brunner in einer Motion von 1893 angedeuteten Richtung, wonach an die Stelle des demals geltenden sogenannten fakultativen Referendums ein beschränktes obligatorisches Referendum zu treten hat. . . . Freilich wird einst die Meinungsverschiedenheit gross sein, wenn das Betätigungsgebiet des obligatorischen Referendums genau abgegrenzt werden soll, und doch ist diese Abgrenzung die Hauptsache, weil sie allein eine genügende Garantie gewährt für Wahrung der verfassungsmässigen Volksrechte durch die Bundesversammlung.

„Als langjähriges, scharf und fein beobachtendes Mitglied der Bundesversammlung gibt Nationalrat Th. Curti in seiner Broschüre: „Die Resultate des schweizerischen Referendums, 1898“, der Überzeugung Ausdruck, „dass das Referendum nur wenig Gutes, was wir tun wollten, gehindert, wohl aber manches Böse schon dadurch, dass es warnend vor uns stand, verhütet hat. Ich möchte sagen, dass es die Demokratie, trotz möglicher rückläufiger Bewegungen, nicht zum Stillstand verurteile, sondern dem Fortschritt selber Stetigkeit gebe.“ — „Nur infolge einer durch politische Parteirücksichten verursachten Befangenheit des Urteils — fügt Professor Dr. v. Salis bei — wird jemand zögern, das Zutreffende dieser Anschauung anzuerkennen.“

Tabelle I.

Kantonale Abstimmungen seit 1891.

Gegenstand der Abstimmung	Art ¹⁾	Datum	Stimmende	Gültige Stimmen	% der Teilnehmenden	Annehmende			Verwerfende		
						absolut	% der Teilnehmer	% der gültigen Stimmen	absolut	% der Teilnehmer	% der gültigen Stimmen
Gesetz über die Zivilbestattung	F	1892. VIII. 14	37,437	36,752	98.2	17,111	45.7	46.5	19,641	52.4	53.5
Initiative für das proportionale Wahlverfahren	V. I	1893. I. 29	43,328	42,018	96.9	19,875	45.8	47.3	22,143	51.2	52.7
Gesetz über das Jagdwesen	F	1896. I. 19	38,284	36,647	95.7	7,327	19.1	20.0	29,219	76.3	80.0
Gesetz betreffend Viehversicherung	F	1896. VI. 28	37,507	33,859	90.3	16,314	43.5	48.2	17,545	46.3	51.3
Gesetz über den Zinsfuss für Hypothekarschulden	G. I	1896. VI. 28	37,507	35,801	94.6	22,642	60.4	63.3	12,859	34.3	36.2
Gesetz betreffend Brandversicherung von Gebäuden	F	1896. VIII. 23	36,809	35,002	95.1	9,212	25.0	26.3	25,786	70.1	73.7
Gesetz betreffend IV. Seminarkurs	F	1897. VI. 30	38,214	35,448	92.7	13,584	35.5	38.3	21,624	56.3	61.7
Gesetz betreffend die Zivilrechtspflege	F	1897. VI. 30	38,214	34,502	90.2	16,558	43.3	47.9	17,576	45.9	52.1
Gesetz betreffend das Bestattungswesen	F	1899. VI. 25	38,581	35,879	92.9	12,996	33.7	36.2	22,871	59.3	63.3
Gesetz betreffend Hypothekarschulden-Zinsfuss	F	1899. VII. 30	37,398	34,737	92.9	21,799	58.3	62.7	12,928	34.3	37.3
Gesetz betreffend die direkten Staatssteuern	F	1900. I. 28	43,179	41,864	96.9	17,859	41.3	42.6	23,972	55.5	57.4
Proportionales Wahlverfahren für den Grossen Rat, Initiative	V. I	1901. I. 20	50,694	49,583	97.8	24,419	48.2	49.3	24,919	49.1	50.2
Gesetz betreffend die Lehrersynode	F	1901. II. 10	44,148	42,044	95.2	15,233	34.5	36.2	26,804	60.7	63.3

¹⁾ V. I = Verfassungs-Initiative; G. I = Gesetzes-Initiative; F = Fakultatives Referendum.

Übersicht über die 1891—1902 erlassenen kantonalen Gesetze.

№	Bezeichnung des Erlasses	Fundort in der Gesetzessammlung	Datum des Erlasses			Bemerkungen
1	Gesetz über Führung des Handelsregisters	G. S. n. F., Bd. V, Nr. 102	1890	November	22	Ohne Referendum
2	Gesetz über Einführung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs	" " " VI, " 14	1891	März	3	" "
3	Gesetz über Versorgung von Gewohnheitstrinkern	" " " VI, " 15	1891	Mai	21	" "
4	Gesetz über Anweisung einer kantonalen Gerichtsstanz zur Beurteilung zivilrechtlicher Streitigkeiten aus Spezialgesetzen des Bundes	" " " VI, " 16	1891	"	21	" "
5	Nachtragsgesetz betreffend Verbrechen und Vergehen	" " " VI, " 17	1891	"	22	" "
6	Gesetz über die Sparkassen	" " " VI, " 38	1892	"	17	" "
7	Gesetz über Alterszulagen für die Volksschullehrer	" " " VI, " 39	1892	"	17	" "
8	Nachtragsgesetz über die Strafrechtspflege	" " " VI, " 40	1892	"	18	" "
9	Gesetz betreffend das Zivilbestattungswesen	Amtsblatt 1892, Seite 450	1892	"	18	Verworfen
10	Nachtragsgesetz betreffend Grenzverhältnisse und Dienstbarkeiten	G. S. n. F., Bd. VI, Nr. 51	1892	Dezember	1	Ohne Referendum
11	Gesetz betr. das Verfahren bei Ausübung des kant. Referendums und der Initiative	" " " VI, " 52	1892	"	2	" "
12	Gesetz über die Stempelabgabe	" " " VI, " 59	1893	Februar	21	" "
13	Gesetz über die Volkswahlen und Volksabstimmungen	" " " VI, " 67	1893	Mai	16	" "
14	Gesetz über Erbschafts-, Vermächtnis- und Schenkungssteuer	" " " VI, " 68	1893	"	16	" "
15	Gesetz über den Schutz der Arbeiterinnen und die Arbeit der Bediensteten in Ladengeschäften und Wirtschaften	" " " VI, " 69	1893	"	18	" "
16	Gesetz über die Benützung von Gewässern	" " " VII, " 1	1893	November	23	" "
17	Gesetz über das Sanitätswesen	" " " VII, " 2	1893	"	24	" "
18	Gesetz über Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit	" " " VII, " 8	1894	Mai	19	" "
19	Nachtragsgesetz zum Gesetz über den Marktverkehr und das Hausieren	" " " VII, " 15	1894	November	23	" "
20	Nachtragsgesetz betreffend Sparkassen	Amtsblatt 1895 II, Seite 493	1895	"	20	Verworfen
21	Gesetz betreffend Aufhebung des Gesetzes über die Lebensmittelpolizei	G. S. n. F., Bd. VII, Nr. 31	1895	Mai	14	Ohne Referendum
22	Jagdgesetz	" " " VII, " 32	1895	"	14	" "
23	Gesetz betreffend Viehversicherung	Amtsblatt 1896 I, Seite 445	1896	"	20	Verworfen
24	Gesetz betreffend Zinsfuss für Hypothekarschulden	G. S. n. F., Bd. VII, Nr. 52	1896	Juni	28	Initiative angenommen
25	Gesetz betreffend Brandversicherung von Gebäuden	Amtsblatt 1896 I, Seite 449	1896	Mai	21	Verworfen
26	Gesetz betreffend Versorgung und Erziehung armer Kinder	G. S. n. F., Bd. VII, Nr. 58	1896	November	18	Ohne Referendum
27	Gesetz betreffend IV. Seminarkurs	Amtsblatt 1897 I, Seite 145	1897	Februar	16	Verworfen
28	Gesetz betreffend Zivilrechtspflege	" " " 1897 I, " 147	1897	"	16	" "
29	Gesetz betreffend gewerbliche Schiedsgerichte	G. S. n. F., Bd. VII, Nr. 61	1897	"	16	Ohne Referendum
30	Beschluss betreffend authentische Interpretation des Referendumsgesetzes	" " " VII, " 64	1897	Mai	19	" "
31	Nachtragsgesetz betreffend die st. gallische Kantonalbank	" " " VII, " 65	1897	"	19	" "
32	Gesetz betreffend Stellenvermittlung für Dienstboten	" " " VII, " 73	1897	November	17	" "
33	Gesetz betreffend Massnahmen gegen die Reblaus	" " " VII, " 74	1897	"	18	" "
34	Gesetz über die Expropriation	" " " VII, " 89	1898	Mai	24	" "
35	Nachtragsgesetz betreffend das Servitutengesetz	" " " VIII, " 5	1899	"	16	" "
36	Gesetz betreffend Amtskautionen	" " " VIII, " 6	1899	"	16	" "
37	Gesetz betreffend das Fachgericht für die Stickereiindustrie	" " " VIII, " 7	1899	"	16	" "
38	Gesetz betreffend die Rindviehzucht	" " " VIII, " 8	1899	"	16	" "
39	Gesetz betreffend Fremdenpolizei und Niederlassung	" " " VIII, " 9	1899	"	17	" "
40	Gesetz betreffend das Bestattungswesen	Amtsblatt 1899 I, Seite 605	1899	"	17	Verworfen
41	Gesetz betreffend Zinsfuss für Hypothekarschulden	G. S. n. F., Bd. VIII, Nr. 12	1899	"	17	Angenommen
42	Gesetz betreffend die direkten Staatssteuern	Amtsblatt 1899 II, Seite 677	1899	November	22	Verworfen
43	Gesetz betreffend die Zivilrechtspflege	G. S. n. F., Bd. VIII, Nr. 22	1900	Mai	31	Ohne Referendum
44	Gesetz betreffend ein Konkordat über Viehwährschaft	" " " VIII, " 34	1900	November	20	" "
45	Gesetz betreffend die Lehrersynode	Amtsblatt 1900 II, Seite 590	1900	"	20	Verworfen
46	Nachtragsgesetz betreffend Viehwährschaft	G. S. n. F., Bd. VIII, Nr. 35	1901	Mai	21	Ohne Referendum
47	Gesetz betreffend Festsetzung der Primarlehrergehalte	" " " VIII, " 42	1901	November	21	" "
48	Gesetz betreffend die Schutzaufsicht für entlassene Sträflinge	" " " VIII, " 71	1902	"	18	" "
49	Gesetz betreffend Beitritt zu einem Konkordat über Rechtsvertröstung	" " " VIII, " 72	1902	"	21	" "

Eidgenössische Abstimmungen seit 1891.

Tabelle III.

Die gewöhnlichen Ziffern bedeuten die kantonalen, die *Kursivziffern* die eidgenössischen Resultate.

Gegenstand der Abstimmung	Art der Abstimmung ¹⁾	Datum	Zahl der Stimmberechtigten	Zahl der Teilnehmenden		Gültige Stimmen			Annehmende				Verwerfende			
				absolut	% der Stimmberechtigten	absolut	% der Stimmberechtigten	% der Teilnehmenden	absolut	% der Stimmberechtigten	% der Teilnehmenden	% der gültigen Stimmen	absolut	% der Stimmberechtigten	% der Teilnehmenden	% der gültigen Stimmen
Pensionsgesetz für eidgenössische Beamte.	F	1891. III. 15	51,523 <i>657,779</i>	40,533	78.9	39,797 <i>445,828</i>	77.5 <i>67.8</i>	98.2	6,455 <i>91,851</i>	12.5 <i>13.9</i>	15.9	16.2 <i>20.6</i>	33,442 <i>353,977</i>	64.9 <i>53.8</i>	82.9	83.6 <i>79.4</i>
Verfassungs - Initiativrecht, Bundesverfassung.	O	1891. VII. 5	51,639 <i>653,890</i>	37,938	73.4	36,712 <i>303,628</i>	71.1 <i>46.4</i>	96.8	21,688 <i>183,029</i>	41.9 <i>27.9</i>	57.2	59.1 <i>60.2</i>	15,024 <i>120,599</i>	28.9 <i>18.4</i>	39.6	40.9 <i>39.8</i>
Zolltarif, Bundesgesetz.	F	1891. X. 21	51,373 <i>654,372</i>	39,362	76.8	34,760 <i>378,938</i>	67.4 <i>57.9</i>	88.3	23,991 <i>220,004</i>	46.7 <i>33.6</i>	60.9	69.0 <i>58.1</i>	10,769 <i>158,934</i>	20.9 <i>24.3</i>	27.3	31.0 <i>41.9</i>
Banknotenmonopol, Bundesverfassung.	O	1891. X. 21	51,373 <i>654,372</i>	39,362	76.8	38,211 <i>390,193</i>	74.0 <i>59.6</i>	97.1	26,497 <i>231,578</i>	51.5 <i>35.4</i>	67.3	69.3 <i>59.5</i>	11,714 <i>158,615</i>	22.8 <i>24.2</i>	29.7	30.7 <i>40.5</i>
Ankauf der Zentralbahn, Bundesbeschluss.	F	1891. XII. 6	51,268 <i>658,989</i>	40,148	78.3	39,332 <i>420,135</i>	76.7 <i>63.8</i>	97.9	12,095 <i>130,729</i>	23.6 <i>19.8</i>	30.1	30.7 <i>31.2</i>	27,237 <i>289,406</i>	53.1 <i>43.9</i>	67.8	69.3 <i>68.8</i>
Schächtverbot, Bundesverfassung.	I	1893. VIII. 20	51,816 <i>668,913</i>	37,272	71.9	36,172 <i>318,628</i>	69.8 <i>47.6</i>	97.0	14,564 <i>191,527</i>	28.1 <i>28.6</i>	39.0	40.2 <i>60.1</i>	21,608 <i>127,101</i>	41.6 <i>19.0</i>	57.9	59.6 <i>39.9</i>
Gewerbegesetzgebung, Bundesverfassung.	O	1894. III. 4	51,257 <i>676,584</i>	37,462	73.8	35,257 <i>294,205</i>	68.8 <i>43.5</i>	94.1	13,093 <i>135,713</i>	25.5 <i>20.0</i>	34.9	37.1 <i>46.1</i>	22,164 <i>158,492</i>	43.2 <i>23.4</i>	59.2	62.9 <i>53.9</i>
Recht auf Arbeit, Bundesverfassung.	I	1894. VI. 3	51,266 <i>680,731</i>	39,518	77.8	38,276 <i>384,169</i>	74.6 <i>56.4</i>	96.3	7,904 <i>75,880</i>	15.4 <i>11.1</i>	20.0	20.6 <i>19.3</i>	30,372 <i>308,289</i>	59.2 <i>45.3</i>	76.8	79.4 <i>80.3</i>
Zollinitiative, Bundesverfassung.	I	1894. XI. 4	51,466 <i>690,250</i>	42,110	81.8	41,164 <i>496,101</i>	79.9 <i>71.8</i>	97.7	11,228 <i>145,462</i>	21.8 <i>21.1</i>	26.6	27.2 <i>28.9</i>	29,936 <i>350,639</i>	58.1 <i>50.8</i>	71.0	72.8 <i>70.7</i>
Gesandtschaften im Auslande, Bundesgesetz	F	1895. II. 3	51,647 <i>689,180</i>	36,679	71.0	35,211 <i>302,508</i>	68.1 <i>43.8</i>	95.9	8,557 <i>124,517</i>	16.5 <i>18.1</i>	23.3	24.5 <i>41.2</i>	26,613 <i>177,991</i>	51.5 <i>20.2</i>	72.8	75.5 <i>58.8</i>
Zündholzmonopol, Bundesverfassung.	O	1895. IX. 29	51,494 <i>690,592</i>	37,610	73.0	36,042 <i>324,283</i>	70.0 <i>46.9</i>	95.8	17,446 <i>140,174</i>	33.9 <i>20.3</i>	46.4	48.4 <i>41.7</i>	18,596 <i>184,109</i>	36.1 <i>26.9</i>	49.2	51.6 <i>56.8</i>
Revision der Militärartikel, Bundesverfassung.	O	1895. XI. 3	51,723 <i>697,131</i>	41,088	79.4	40,226 <i>464,929</i>	77.8 <i>66.7</i>	97.9	16,023 <i>195,178</i>	30.9 <i>27.8</i>	38.9	39.8 <i>41.7</i>	24,203 <i>269,751</i>	46.8 <i>38.6</i>	58.9	60.2 <i>58.1</i>
Militär - Disziplinarordnung, Bundesgesetz.	F	1896. X. 4	51,943 <i>714,033</i>	40,083	77.1	38,003 <i>383,161</i>	73.1 <i>54.3</i>	94.8	7,783 <i>77,169</i>	14.9 <i>10.8</i>	19.4	20.5 <i>19.9</i>	30,083 <i>310,992</i>	57.9 <i>43.5</i>	75.0	79.5 <i>80.1</i>
Viehweidenschaft, Bundesgesetz.	F	1896. X. 4	51,943 <i>714,033</i>	40,083	77.1	37,766 <i>383,998</i>	72.7 <i>53.8</i>	94.2	14,662 <i>174,880</i>	28.2 <i>24.5</i>	36.6	38.9 <i>42.5</i>	22,284 <i>209,118</i>	42.7 <i>29.3</i>	55.6	61.1 <i>54.5</i>
Eisenbahnrechnungswesen, Bundesgesetz.	F	1896. X. 4	51,943 <i>714,033</i>	40,083	77.1	38,982 <i>399,805</i>	75.7 <i>55.9</i>	97.2	23,303 <i>223,228</i>	45.2 <i>31.2</i>	58.1	59.8 <i>55.8</i>	15,549 <i>176,577</i>	30.2 <i>24.7</i>	38.8	40.2 <i>44.2</i>
Bundesbank, Bundesgesetz.	F	1897. II. 28	52,363 <i>715,342</i>	41,361	78.9	40,037 <i>451,464</i>	76.4 <i>63.1</i>	96.8	17,539 <i>195,764</i>	33.5 <i>27.3</i>	42.4	43.8 <i>42.4</i>	22,498 <i>255,984</i>	42.9 <i>35.7</i>	54.4	56.2 <i>56.6</i>
Forst- und Wasserbaupolizei, Bundesverfassung.	O	1897. VII. 11	52,471 <i>716,883</i>	36,264	69.1	32,688 <i>245,663</i>	62.3 <i>34.2</i>	90.1	15,727 <i>156,102</i>	29.9 <i>21.8</i>	43.4	43.1 <i>56.3</i>	16,848 <i>89,561</i>	32.1 <i>12.5</i>	46.5	51.9 <i>36.5</i>
Lebensmittelpolizei, Bundesverfassung.	O	1897. VII. 11	52,471 <i>716,883</i>	36,114	68.8	32,831 <i>249,205</i>	62.5 <i>34.7</i>	90.9	17,127 <i>162,250</i>	32.6 <i>22.6</i>	47.4	52.2 <i>58.4</i>	15,829 <i>86,955</i>	30.1 <i>12.1</i>	43.7	47.8 <i>34.9</i>
Eisenbahnrückkauf, Bundesgesetz.	F	1898. II. 20	53,454 <i>734,644</i>	46,491	86.9	45,841 <i>569,352</i>	85.7 <i>77.5</i>	98.6	38,091 <i>386,634</i>	71.2 <i>52.6</i>	81.8	83.1 <i>67.9</i>	7,736 <i>182,718</i>	14.5 <i>24.8</i>	16.6	16.9 <i>32.1</i>
Vereinheitlichung des Zivilrechts, Bundesverfassung.	O	1898. XI. 13	53,574 <i>734,075</i>	41,574	77.6	39,152 <i>366,676</i>	73.1 <i>49.9</i>	94.1	28,057 <i>264,914</i>	52.3 <i>36.1</i>	67.5	71.6 <i>72.2</i>	10,887 <i>101,762</i>	20.3 <i>13.8</i>	26.2	28.4 <i>27.8</i>
Vereinheitlichung des Strafrechts, Bundesverfassung.	O	1898. XI. 13	53,574 <i>734,075</i>	41,574	77.6	39,284 <i>368,390</i>	73.3 <i>50.2</i>	94.5	28,205 <i>266,610</i>	52.6 <i>36.3</i>	67.8	71.8 <i>72.3</i>	10,942 <i>101,780</i>	20.4 <i>13.9</i>	26.3	28.2 <i>27.7</i>
Kranken- und Unfallversicherung, Bundesgesetz.	F	1900. V. 20	54,723 <i>745,228</i>	44,669	81.6	43,302 <i>489,949</i>	96.9 <i>69.9</i>	96.9	19,863 <i>148,035</i>	36.3 <i>19.8</i>	42.2	45.8 <i>30.2</i>	23,383 <i>341,914</i>	42.7 <i>45.7</i>	52.3	54.2 <i>69.8</i>
Proportionalwahl des Nationalrates, Bundesverfassung.	I	1900. XI. 4	54,974 <i>747,262</i>	44,242	80.5	41,803 <i>413,674</i>	94.5 <i>55.5</i>	94.5	19,678 <i>169,008</i>	35.8 <i>22.5</i>	44.5	47.1 <i>40.8</i>	21,692 <i>244,666</i>	39.4 <i>32.7</i>	49.0	52.9 <i>59.2</i>
Volkswahl des Bundesrates, Bundesverfassung.	I	1900. XI. 4	54,974 <i>747,262</i>	44,282	80.5	42,169 <i>416,448</i>	95.3 <i>55.3</i>	95.3	19,484 <i>145,926</i>	35.4 <i>19.5</i>	44.1	46.2 <i>35.1</i>	22,328 <i>270,522</i>	40.8 <i>36.2</i>	50.5	53.8 <i>64.9</i>
Bundessubvention der Volksschule.	O	1902. XI. 23	57,999 <i>757,220</i>	45,099	77.7	41,480 <i>338,996</i>	91.9 <i>44.4</i>	91.9	27,239 <i>258,567</i>	45.2 <i>34.1</i>	60.4	65.8 <i>76.3</i>	14,185 <i>80,429</i>	24.4 <i>10.6</i>	31.4	34.4 <i>23.7</i>

¹⁾ O = obligatorisches, F = fakultatives Referendum; I = Initiative; die kleinen eingeklammerten Ziffern bei den eidgenössischen Ergebnissen beziehen sich auf die Zahl der Standesstimmen in Verfassungsfragen.

Vergleichung der verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Abstimmungsresultate.

Tabelle IVa.

A. 1. Reihenfolge der kantonalen Abstimmungsergebnisse bis 1902

in eidgenössischen Angelegenheiten seit 1876¹⁾, nach der *Stimmbeteiligung* (Verhältnis der gültigen Stimmen zu den Stimmberechtigten).

N ^o	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
1	Eisenbahnrückkauf, Gesetz	1898	Februar	20	85.7
2	Schulsekretär, Bundesbeschluss	1882	November	26	82.5
3	Schuldbetreibung und Konkurs, Gesetz	1889	"	17	80.4
4	Zollinitiative, Verfassungsrevision	1894	"	4	79.9
5	Kranken- und Unfallversicherungsgesetz	1900	Mai	20	79.1
6	Militärartikel, Revision	1895	November	3	77.8
7	Unfall- und Krankenversicherung, Verfassungszusatz	1890	Oktober	26	77.5
8	Pensionsgesetz für eidgenössische Beamte	1890	März	15	77.5
9	Volkswahl des Bundesrates, Verfassungsinitiative	1900	November	4	76.7
10	Zentralbahn-Ankauf, Bundesbeschluss	1891	Dezember	6	76.7
11	Bundesbank, Gesetz	1897	Februar	28	76.4
12	Proportionalwahl für den Nationalrat, Verfassungsinitiative	1900	November	4	76.0
13	Eisenbahnrechnungswesen, Gesetz	1896	Oktober	4	75.7
14	Banknotenmonopol, Verfassungsrevision	1880	"	31	75.6
15	Justizsekretär, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	74.7
16	Recht auf Arbeit, Verfassungsinitiative	1894	Juni	3	74.6
17	Banknotenmonopol, Verfassungszusatz	1891	Oktober	21	74.0
18	Patenttaxen von Handelsreisenden, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	74.0
19	Ergänzung des Bundesstrafrechts („Stabioartikel“	1884	"	11	73.8
20	Alkoholmonopol, Verfassungszusatz	1885	Oktober	25	73.6
21	Aufhebung des Verbotes der Todesstrafe, Verfassungszusatz	1879	Mai	18	73.5
22	Strafrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	November	13	73.3
23	Militärdisziplinarordnung, Gesetz	1896	Oktober	4	73.1
24	Rechtseinheit, Zivilrecht, Verfassungszusatz	1898	November	13	73.1
25	Alkoholgesetz	1887	Mai	15	73.0
26	Gesandtschaft Washington, Bundesbeschluss	1884	"	11	72.9
27	Viehwäherschaft, Gesetz	1896	Oktober	4	72.7
28	Epidemiengesetz	1882	Juli	30	72.2
29	Subvention der Alpenbahnen, Bundesgesetz	1879	Januar	19	71.9
30	Banknotengesetz	1876	April	23	71.5
31	Bundessubvention der Volksschule, Verfassungszusatz	1902	November	23	71.5
32	Initiativrecht, Verfassungszusatz	1891	Juli	5	71.1
33	Fabrikgesetz	1877	Oktober	21	70.9
34	Militärpflichtersatz, II. Entwurf, Gesetz	1877	"	21	70.7
35	Stimmberechtigung, II. Entwurf, Gesetz	1877	"	21	70.2
36	Zündholzmonopol, Verfassungszusatz	1895	September	25	70.0
37	Schächtverbot, Verfassungsinitiative	1893	August	20	69.8
38	Militärpflichtersatz, I. Entwurf, Gesetz	1876	Juli	9	68.9
39	Gewerbegesetzgebung, Verfassungszusatz	1894	März	4	68.8
40	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1882	Juli	30	68.4
41	Gesandtschaftsgesetz	1895	Februar	3	68.1
42	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1887	Juli	10	67.8
43	Zolltarif, Gesetz	1891	Oktober	21	67.4
44	Lebensmittelpolizei, Verfassungszusatz	1897	Juli	11	62.5
45	Wasserbau- und Forstpolizei, Verfassungszusatz	1897	"	11	62.3

¹⁾ Für die unter der Herrschaft der neuen Bundesverfassung, aber vor 1876 stattgefundenen Abstimmungen, betr. das Bundesgesetz über Zivilstand und Ehe (1875) und betr. politische Stimmberechtigung, I. Entwurf (1875), fehlen die Angaben der Zahl der Stimmberechtigten.

Tab. IVb. **A. 2. Reihenfolge der gesamt-eidgenössischen Abstimmungsergebnisse**
 von 1879—1902¹⁾, nach der Stimmbeteiligung (Verhältnis der gültigen Stimmen zu den Stimmberechtigten).

N ^o	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
		Jahr	Monat	Tag	
1	Eisenbahnrückkauf, Gesetz	1898	Februar	20	77.5
2	Schulsekretär, Bundesbeschluss	1882	November	26	77.2
3	Zollinitiative, Verfassungsinitiative	1894	„	4	71.8
4	Schuldbetreibung und Konkurs, Gesetz	1889	„	17	69.9
5	Pension für eidgenössische Beamte, Gesetz	1891	März	15	67.8
6	Revision der Militärartikel, Verfassungszusätze	1895	November	3	66.7
7	Kranken- und Unfallversicherung, Gesetz	1900	Mai	20	65.7
8	Zentralbahnankauf, Bundesbeschluss	1891	Dezember	6	63.8
9	Bundesbank, Gesetz	1897	Februar	28	63.1
10	Alkoholgesetz	1887	Mai	15	62.5
11	Subvention der Alpenbahnen, Gesetz	1879	Januar	19	61.9
12	Aufhebung des Verbotes der Todesstrafe, Verfassungszusatz	1879	Mai	18	60.4
13	Alkoholmonopol, Verfassungszusatz	1885	Oktober	25	60.4
14	Banknotenmonopol, Verfassungsrevision	1880	„	31	60.0
15	Banknotenmonopol, Verfassungszusatz	1891	„	21	59.6
16	Zolltarif, Gesetz	1891	„	21	57.9
17	Justizsekretär, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	57.5
18	Patenttaxen von Handelsreisenden, Bundesbeschluss	1884	„	11	57.3
19	Ergänzung des Bundesstrafrechtes, Bundesbeschluss	1884	„	11	57.0
20	Unfall- und Krankenversicherung, Verfassungszusatz	1890	Oktober	26	56.6
21	Washington, Gesandtschaft, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	56.4
22	Recht auf Arbeit, Verfassungsinitiative	1894	Juni	3	56.4
23	Bundesratswahl durch das Volk, Verfassungsinitiative	1900	November	4	55.7
24	Eisenbahnrechnungsgesetz	1896	Oktober	4	55.7
25	Proportionalwahl des Nationalrates, Verfassungsinitiative	1900	November	4	55.3
26	Militärdisziplinarordnung, Gesetz	1896	Oktober	4	54.3
27	Viehwäherschaft, Gesetz	1896	„	4	53.8
28	Epidemiengesetz	1882	Juli	30	50.7
29	Strafrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	November	13	50.2
30	Zivilrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	„	13	49.9
31	Schächtverbot, Verfassungsinitiative	1893	August	20	47.6
32	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1882	Juli	30	47.0
33	Zündholzmonopol, Verfassungszusatz	1895	September	29	46.9
34	Initiativrecht, Verfassungszusatz	1891	Juli	7	46.4
35	Bundessubvention der Volksschule, Verfassungszusatz	1902	November	23	44.5
36	Gesandtschaften im Auslande, Gesetz	1895	Februar	3	43.8
37	Gewerbegesetzgebung, Verfassungszusatz	1894	März	4	43.5
38	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1887	Juli	10	40.4
39	Lebensmittelpolizei, Verfassungszusatz	1897	„	11	34.7
40	Forst- und Wasserbaupolizei, Verfassungszusatz	1897	„	11	34.2

¹⁾ Für die unter der Herrschaft der neuen Bundesverfassung, aber *vor* 1879 stattgefundenen Abstimmungen, nämlich betr. Zivilstand und Ehe (1875), politische Stimmberechtigung I (1875), Banknoten (1876), Militärpfichtersatz I (1876), Fabrikgesetz, Militärpfichtersatz II und politische Stimmberechtigung II (1877) fehlen die Angaben der Zahl der Stimmberechtigten.

Tabelle Va.

B. 1. Reihenfolge der kantonalen Abstimmungsergebnisse

in eidgenössischen Angelegenheiten von 1876—1902, nach dem Verhältnis der Zahl der Annehmenden zur Zahl der Stimmberechtigten.

№	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
		Jahr	Monat	Tag	
1	Eisenbahnrückkauf, Bundesgesetz	1898	Februar	20	71.2
2	Unfall- und Krankenversicherung, Verfassungszusatz	1890	Oktober	26	63.8
3	Strafrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	November	13	52.6
4	Zivilrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	„	13	52.3
5	Banknotenmonopol, Verfassungszusatz	1891	Oktober	21	51.5
6	Alkoholgesetz	1887	Mai	15	50.0
7	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1887	Juli	10	46.8
8	Zolltarif, Gesetz	1891	Oktober	21	46.7
9	Aufhebung des Verbotes der Todesstrafe, Verfassungsrevision	1879	Mai	18	46.6
10	Eisenbahnrechnungsgesetz	1896	Oktober	4	45.2
11	Bundessubvention der Volksschule, Verfassungszusatz	1902	November	23	45.2
12	Banknotenmonopol, Verfassungsrevision	1880	Oktober	31	43.7
13	Alkoholmonopol, Verfassungszusatz	1885	„	25	42.5
14	Initiativrecht, Verfassungszusatz	1891	Juli	5	41.9
15	Subvention der Alpenbahnen, Gesetz	1879	Januar	19	37.2
16	Schuldbetreibung und Konkurs, Gesetz	1889	November	17	37.1
17	Kranken- und Unfallversicherung, Gesetz	1900	Mai	20	36.3
18	Proporz für den Nationalrat, Verfassungsinitiative	1900	November	4	35.8
19	Volkswahl des Bundesrates, Verfassungsinitiative	1900	„	4	35.4
20	Fabrikgesetz	1877	Oktober	21	34.8
21	Zündhölzchenmonopol, Verfassungszusatz	1895	September	29	33.9
22	Bundesbank, Gesetz	1897	Februar	28	33.5
23	Lebensmittelpolizei, Verfassungszusatz	1897	Juli	11	32.5
24	Revision der Militärartikel, Verfassungszusatz	1895	Oktober	13	30.9
25	Wasserbau- und Forstpolizei, Verfassungszusatz	1897	Juli	11	29.9
26	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1882	„	30	29.2
27	Patenttaxen der Handelsreisenden, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	28.2
28	Viehwäherschaft, Gesetz	1896	Oktober	4	28.2
29	Schächtverbot, Verfassungsinitiative	1893	August	20	28.1
30	Ergänzung des Bundesstrafrechtes, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	25.9
31	Militärpflichtersatz, II. Entwurf, Gesetz	1877	Oktober	21	25.8
32	Gewerbegesetzgebung, Verfassungszusatz	1894	März	4	25.5
33	Zentralbahnrückkauf, Bundesbeschluss	1891	Dezember	6	23.6
34	Schulsekretär, Bundesbeschluss	1882	November	26	23.5
35	Militärpflichtersatz, I. Entwurf, Gesetz	1876	Juli	9	22.7
36	Justizsekretär, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	22.2
37	Zollinitiative, Verfassungsinitiative	1894	November	4	21.8
38	Gesandtschaft Washington, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	21.4
39	Stimmrecht, II. Entwurf, Gesetz	1877	Oktober	21	19.9
40	Gesandtschaftsgesetz	1895	Februar	3	16.5
41	Recht auf Arbeit, Verfassungsinitiative	1894	Juni	3	15.4
42	Militärdisziplinarordnung, Gesetz	1896	Oktober	4	14.9
43	Banknotengesetz	1876	April	23	13.9
44	Pensionsgesetz	1891	März	15	12.5
45	Epidemiengesetz	1882	Juli	30	6.9

Tab. Vb.

B. 2. Reihenfolge der gesamt-eidgenössischen Abstimmungsergebnisse

seit 1879, nach dem Verhältnis der Zahl der Annehmenden zur Zahl der Stimmberechtigten.

№	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
1	Eisenbahnrückkauf, Gesetz	1898	Februar	20	52.6
2	Subvention der Alpenbahnen, Gesetz	1879	Januar	19	43.8
3	Unfall- und Krankenversicherung, Verfassungszusatz	1890	Oktober	26	42.7
4	Alkoholgesetz	1887	Mai	15	41.1
5	Schuldbetreibung und Konkurs, Gesetz	1889	November	17	36.9
6	Strafrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	„	13	36.3
7	Zivilrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	„	13	36.1
8	Alkoholmonopol, Verfassungszusatz	1885	Oktober	25	35.9
9	Banknotenmonopol, Verfassungszusatz	1891	„	21	35.4
10	Bundessubvention der Volksschule, Verfassungszusatz	1902	November	23	34.1
11	Zolltarif, Gesetz	1891	Oktober	21	33.6
12	Aufhebung des Verbotes der Todesstrafe, Verfassungsrevision	1879	Mai	18	31.6
13	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1887	Juli	10	31.4
14	Eisenbahnrechnungswesen, Gesetz	1896	Oktober	4	31.2
15	Schächtverbot, Verfassungsinitiative	1893	August	20	28.6
16	Initiativrecht, Verfassungszusatz	1891	Juli	7	27.9
17	Revision der Militärartikel, Verfassungszusatz	1895	November	3	27.8
18	Patenttaxen der Handelsreisenden, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	27.4
19	Bundesbank, Gesetz	1897	Februar	28	27.3
20	Schulsekretär, Bundesbeschluss	1882	November	26	27.1
21	Ergänzung des Bundesstrafrechtes, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	25.1
22	Viehwährschaft, Gesetz	1896	Oktober	4	24.5
23	Justizsekretär, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	23.6
24	Lebensmittelpolizei, Verfassungszusatz	1897	Juli	11	22.6
25	Proporz für den Nationalrat, Verfassungsinitiative	1900	November	4	22.5
26	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1882	Juli	30	22.3
27	Forst- und Wasserpelizei, Verfassungszusatz	1897	„	11	21.8
28	Gesandtschaft Washington, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	21.7
29	Zollinitiative, Verfassungsinitiative	1894	November	4	21.2
30	Zündholzmonopol, Verfassungszusatz	1895	September	29	20.3
31	Gewerbegesetzgebung, Verfassungszusatz	1894	März	4	20.0
32	Ankauf der Zentralbahn, Bundesbeschluss	1891	Dezember	6	19.8
33	Kranken- und Unfallversicherung, Gesetz	1900	Mai	20	19.8
34	Volkswahl des Bundesrates, Verfassungsinitiative	1900	November	4	19.5
35	Banknotenmonopol, Verfassungsrevision	1880	Oktober	31	19.1
36	Gesandtschaftsgesetz	1895	Februar	3	18.1
37	Pensionsgesetz	1891	März	15	13.9
38	Recht auf Arbeit, Verfassungsinitiative	1894	Juni	3	11.1
39	Militärdisziplinarordnung, Gesetz	1896	Oktober	4	10.8
40	Epidemiengesetz	1882	Juli	30	10.7

Tabelle VIa.

C. I. Reihenfolge der kantonalen Abstimmungsergebnisse

in eidgenössischen Angelegenheiten seit 1848, nach dem Verhältnis der Zahl der Annehmenden zur Zahl der gültigen Stimmen.

N ^o	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
a. Angenommene Vorlagen.					
1	Eisenbahnrückkauf, Gesetz	1998	Februar	20	83.1
2	Unfall- und Krankenversicherung, Verfassungszusatz	1890	Oktober	26	80.2
3	Strafrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	November	13	71.8
4	Zivilrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	"	13	71.6
5	Banknotenmonopol, Verfassungszusatz	1891	Oktober	21	69.3
6	Zolltarif, Gesetz	1891	"	21	69.0
7	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1887	Juli	10	69.0
8	Alkoholgesetz	1887	Mai	15	68.5
9	Bundesverfassung von 1848	1848	August	20	67.7
10	Bundessubvention der Volksschule	1902	November	23	65.6
11	Aufhebung des Verbotes der Todesstrafe, Verfassungsabänderung	1879	Mai	18	63.4
12	Eisenbahnrechnungsgesetz	1896	Oktober	4	59.8
13	Initiativrecht, Verfassungszusatz	1891	Juli	7	59.1
14	Banknotenmonopol, Verfassungsrevision	1880	Oktober	31	58.1
15	Alkoholmonopol, Verfassungszusatz	1885	"	25	57.7
16	Bundesverfassung von 1874	1874	April	19	52.4
17	Lebensmittelpolizei, Verfassungszusatz	1897	Juli	11	52.2
18	Subvention der Alpenbahnen, Gesetz	1879	Januar	19	51.3
19	Bundesverfassung von 1872	1872	Mai	12	50.1
b. Verworfenne Verlagen.					
1	Zivilstand und Ehe, Gesetz	1875	Mai	23	49.1
2	Fabrikgesetz	1877	Oktober	21	49.1
3	Zündholzmonopol, Verfassungszusatz	1895	September	29	48.4
4	Forst- und Wasserbaupolizei, Verfassungszusatz	1897	Juli	11	48.1
5	Stimmberechtigung, I. Entwurf, Gesetz	1875	Mai	23	48.0
6	Proportionalwahl für den Nationalrat, Verfassungsinitiative	1900	November	4	47.1
7	Volkswahl des Bundesrates, Verfassungsinitiative	1900	"	4	46.2
8	Schuldbetreibung und Konkurs, Gesetz	1889	"	17	46.2
9	Kranken- und Unfallversicherung, Gesetz	1900	Mai	20	45.8
10	Bundesbank, Gesetz	1897	Februar	28	43.8
11	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1882	Juli	30	42.4
12	Schächtverbot, Verfassungsinitiative	1893	August	20	40.2
13	Revision der Militärartikel, Verfassungszusatz	1895	November	3	39.8
14	Viehwäherschaft, Gesetz	1896	Oktober	4	38.9
15	Patenttaxen der Handelsreisenden, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	38.4
16	Gewerbegesetzgebung, Verfassungszusatz	1894	März	4	37.1
17	Militärpflichtersatz, II. Entwurf, Gesetz	1877	Oktober	21	36.5
18	Ergänzung des Bundesstrafrechts, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	35.2
19	Militärpflichtersatz, I. Entwurf, Gesetz	1876	Juli	9	33.0
20	Ankauf der Zentralbahn, Bundesbeschluss	1891	Dezember	6	30.7
21	Justizsekretär, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	29.9
22	Gesandtschaft Washington, Bundesbeschluss	1884	"	11	29.4
23	Schulsekretär, Bundesbeschluss	1882	November	26	28.5
24	Stimmberechtigung, II. Entwurf, Gesetz	1877	Oktober	11	28.3
25	Zollinitiative, Verfassungsinitiative	1894	November	4	27.2
26	Partialrevision der Bundesverfassung von 1866 (durchschnittl. Zahl der IX Revisionspunkte)	1866	Januar	14	25.2
27	Gesandtschaftsgesetz	1895	Februar	3	24.5
28	Recht auf Arbeit, Verfassungsinitiative	1894	Juni	3	20.6
29	Militärdisziplinarordnung, Gesetz	1896	Oktober	4	20.5
30	Banknotengesetz	1876	April	23	19.7
31	Pensionsgesetz	1891	März	15	16.2
32	Epidemiengesetz	1882	Juli	30	9.5

Tab. VIb. **C. 2. Reihenfolge der gesamt-eidgenössischen Abstimmungsergebnisse**
 seit 1866¹⁾, nach dem Verhältnis der Zahl der Annehmenden zur Zahl der gültigen Stimmen.

№	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
a. Angenommene Vorlagen.					
1	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1887	Juli	10	77.9
2	Bundessubvention der Volksschule, Verfassungszusatz	1902	November	23	76.3
3	Unfall- und Krankenversicherung, Verfassungszusatz	1890	Oktober	26	75.5
4	Strafrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	November	13	72.3
5	Zivilrechtseinheit, Verfassungszusatz	1898	"	13	72.2
6	Subvention der Alpenbahnen, Gesetz	1879	Januar	19	70.7
7	Eisenbahnrückkauf, Gesetz	1898	Februar	20	67.9
8	Alkoholgesetz	1887	Mai	15	65.9
9	Lebensmittelpolizei, Verfassungszusatz	1897	Juli	11	65.1
10	Forst- und Wasserbaupolizei, Verfassungszusatz	1897	"	11	63.5
11	Bundesverfassung 1874	1874	April	19	63.2
12	Initiativrecht, Verfassungszusatz	1891	Juli	7	60.2
13	Schächtverbot, Verfassungsinitiative	1893	August	20	60.1
14	Banknotenmonopol, Verfassungszusatz	1891	Oktober	21	59.5
15	Alkoholmonopol, Verfassungszusatz	1885	"	25	59.4
16	Zolltarif, Gesetz	1891	"	21	58.1
17	Eisenbahnrechnungsgesetz	1896	"	4	55.8
18	Schuldbetreibung und Konkurs, Gesetz	1889	November	17	52.9
19	Aufhebung des Verbotes der Todesstrafe, Verfassungszusatz	1879	Mai	18	52.5
20	Fabrikgesetz	1877	Oktober	21	51.5
21	Zivilstand und Ehe, Gesetz	1875	Mai	23	51.0
b. Verworfenne Vorlagen.					
1	Bundesverfassung 1872	1872	Mai	12	49.5
2	Stimmberechtigung, I. Entwurf, Gesetz	1875	"	23	49.4
3	Militärpflichtersatz, II. Entwurf, Gesetz	1877	Oktober	21	48.4
4	Patenttaxen der Handelsreisenden, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	47.9
5	Erfindungsschutz, Verfassungszusatz	1882	Juli	30	47.5
6	Gewerbegesetzgebung, Verfassungszusatz	1894	März	4	46.1
7	Militärpflichtersatz, I. Entwurf, Gesetz	1876	Juli	9	45.3
8	Viehwäherschaft, Gesetz	1896	Oktober	4	45.5
9	Partialrevision 1866 (durchschnittl. Zahl der IX Revisionspunkte)	1866	Januar	14	45.0
10	Ergänzung des Bundesstrafrechtes, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	44.0
11	Bundesbank, Gesetz	1897	Februar	28	43.4
12	Zündhölzchenmonopol, Verfassungszusatz	1895	September	29	43.2
13	Gesandtschaftsgesetz	1895	Februar	3	41.2
14	Justizsekretär, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	41.1
15	Revision der Militärartikel, Verfassungszusatz	1895	November	3	40.9
16	Proportionalwahl des Nationalrates, Verfassungsinitiative	1900	"	4	40.8
17	Gesandtschaft Washington, Bundesbeschluss	1884	Mai	11	38.5
18	Banknotengesetz	1876	April	23	38.3
19	Stimmberechtigung, II. Entwurf, Gesetz	1877	Oktober	21	38.1
20	Volkswahl des Bundesrates, Verfassungsinitiative	1900	November	4	35.1
21	Schulsekretär, Bundesbeschluss	1882	"	26	35.1
22	Banknotenmonopol, Verfassungsrevision	1880	Oktober	31	31.8
23	Ankauf der Zentralbahn, Bundesbeschluss	1891	Dezember	6	31.2
24	Kranken- und Unfallversicherung, Gesetz	1900	Mai	20	30.2
25	Zollinitiative, Verfassungsinitiative	1894	November	4	29.3
26	Epidemiengesetz	1882	Juli	30	21.1
27	Pensionsgesetz	1891	März	15	20.6
28	Militärdisziplinarordnung, Gesetz	1896	Oktober	4	19.9
29	Recht auf Arbeit, Verfassungsinitiative	1894	Juni	3	19.7

¹⁾ Die Abstimmung über die Bundesverfassung von 1848 kann hier nicht mitgezählt werden, weil sie nicht in allen Kantonen auf Grund der individuellen Stimmbeteiligung erfolgte.

Tabelle VIIa. **D. I. Reihenfolge der kantonalen Abstimmungsergebnisse**

in eidgenössischen Angelegenheiten seit 1879, nach dem Bruchteile der Stimmberechtigten, welcher über Annahme oder Verwerfung einer Vorlage entschieden und damit in Verfassungsangelegenheiten, nach Artikel 121 B. V. (jetzt 123) das Standesvotum abgegeben hat.

N ^o	Gegenstand der Abstimmung	Datum	%	Ergebnis der Abstimmung
1	Eisenbahnrückkauf	1898	71.2	Im Sinne der Annahme.
2	Epidemiengesetz	1882	65.9	„ „ „ Verwerfung.
3	Pensionsgesetz	1891	64.9	„ „ „ „
4	Kranken- und Unfallversicherung	1890	63.8	„ „ „ Annahme.
5	Recht auf Arbeit	1894	59.2	„ „ „ Verwerfung.
6	Schulsekretär	1882	59.2	„ „ „ „
7	Zollinitiative	1894	58.1	„ „ „ „
8	Militärdisziplinarordnung	1886	57.9	„ „ „ „
9	Zentralbahnankauf	1891	53.1	„ „ „ „
10	Strafrechtseinheit	1898	52.6	„ „ „ Annahme.
11	Zivilrechtseinheit	1898	52.3	„ „ „ „
12	Justizsekretär	1884	52.1	„ „ „ Verwerfung.
13	Banknotenmonopol	1891	51.5	„ „ „ Annahme.
14	Gesandtschaftsgesetz	1895	51.5	„ „ „ Verwerfung.
15	Gesandtschaft Washington	1884	51.5	„ „ „ „
16	Alkoholgesetz	1887	50.0	„ „ „ Annahme.
17	Ergänzung des Bundesstrafrechts	1884	47.7	„ „ „ Verwerfung.
18	Erfindungsschutz	1887	46.8	„ „ „ Annahme.
19	Revision der Militärartikel	1895	46.8	„ „ „ Verwerfung.
20	Zolltarif	1891	46.7	„ „ „ Annahme.
21	Todesstrafe	1879	46.6	„ „ „ „
22	Patenttaxen der Handelsreisenden	1884	45.5	„ „ „ Verwerfung.
23	Eisenbahnrechnungswesen	1896	45.2	„ „ „ Annahme.
24	Bundessubvention der Volksschule	1902	45.2	„ „ „ „
25	Banknotenmonopol, Totalrevision der Verfassung	1881	43.7	„ „ „ „
26	Schuldbetreibung und Konkurs	1889	43.2	„ „ „ Verwerfung.
27	Gewerbegesetzgebung	1894	43.2	„ „ „ „
28	Bundesbankgesetz	1897	42.9	„ „ „ „
29	Viehwährschaftsgesetz	1896	42.7	„ „ „ „
30	Kranken- und Unfallversicherung, Bundesgesetz	1900	42.7	„ „ „ „
31	Alkoholmonopol	1885	42.5	„ „ „ Annahme.
32	Initiative	1891	41.9	„ „ „ „
33	Schächtverbot	1893	41.6	„ „ „ Verwerfung.
34	Volkswahl des Bundesrates	1900	40.6	„ „ „ „
35	Erfindungsschutz	1882	39.7	„ „ „ „
36	Proportionalwahl des Nationalrates	1900	39.4	„ „ „ „
37	Alpenbahnen	1879	37.2	„ „ „ Annahme.
38	Zündhölzchenmonopol	1895	36.1	„ „ „ Verwerfung.
39	Lebensmittelpolizei	1897	32.6	„ „ „ Annahme.
40	Forst- und Wasserbaupolizei	1897	32.1	„ „ „ Verwerfung.

Tab. VIIb. **D. 2. Reihenfolge der gesamt-eidgenössischen Abstimmungsergebnisse**
seit 1879, nach dem Bruchteil der Stimmberechtigten, welcher über Annahme oder Verwerfung einer Vorlage entschieden hat.

Nr	Gegenstand der Abstimmung	Datum	%	Ergebnis der Abstimmung
1	Pensionsgesetz	1891	53.8	Im Sinne der Verwerfung.
2	Eisenbahnrückkauf	1898	52.6	„ „ „ Annahme.
3	Zollinitiative	1894	50.8	„ „ „ Verwerfung.
4	Schulsekretär	1882	50.1	„ „ „ „
5	Kranken- und Unfallversicherungsgesetz	1900	45.7	„ „ „ „
6	Recht auf Arbeit	1893	45.3	„ „ „ „
7	Zentralbahnankauf	1891	43.9	„ „ „ „
8	Alpenbahnensubventionen	1879	43.8	„ „ „ Annahme.
9	Militärdisziplinarordnung	1896	43.5	„ „ „ Verwerfung.
10	Unfall- und Krankenversicherung	1880	42.7	„ „ „ Annahme.
11	Alkoholgesetz	1887	41.1	„ „ „ „
12	Banknotenmonopol	1881	40.9	„ „ „ Verwerfung.
13	Epidemiengesetz	1882	40.9	„ „ „ „
14	Revision der Militärartikel	1895	38.6	„ „ „ „
15	Schuldbetreibung und Konkurs	1889	36.9	„ „ „ Annahme.
16	Strafrechtseinheit	1898	36.3	„ „ „ „
17	Volkswahl des Bundesrates	1900	36.2	„ „ „ Verwerfung.
18	Zivilrechtseinheit	1898	36.1	„ „ „ Annahme.
19	Alkoholmonopol	1885	35.9	„ „ „ „
20	Bundesbank	1897	35.7	„ „ „ Verwerfung.
21	Banknotenmonopol	1891	35.4	„ „ „ Annahme.
22	Bundessubvention der Volksschule	1902	34.1	„ „ „ „
23	Justizsekretär	1884	33.8	„ „ „ Verwerfung.
24	Zolltarif	1891	33.6	„ „ „ Annahme.
25	Gesandtschaft Washington	1884	33.1	„ „ „ Verwerfung.
26	Proportionalwahl des Nationalrates	1900	32.7	„ „ „ „
27	Stabioartikel	1884	31.9	„ „ „ „
28	Todesstrafe	1879	31.6	„ „ „ Annahme.
29	Erfindungsschutz	1887	31.4	„ „ „ „
30	Eisenbahnrechnungsgesetz	1896	31.2	„ „ „ „
31	Patenttaxen	1884	29.8	„ „ „ Verwerfung.
32	Viehwäherschaft	1896	29.3	„ „ „ „
33	Schächtverbot	1893	28.6	„ „ „ Annahme.
34	Initiative	1891	27.9	„ „ „ „
35	Zündhölzchenmonopol	1895	26.9	„ „ „ Verwerfung.
36	Erfindungsschutz	1882	24.6	„ „ „ „
37	Gewerbegesetzgebung	1894	23.4	„ „ „ Annahme.
38	Lebensmittelpolizei	1897	22.6	„ „ „ Verwerfung.
39	Forst- und Wasserbaupolizei	1897	21.3	„ „ „ Annahme.
40	Gesandtschaftsgesetz	1895	20.2	„ „ „ Verwerfung.

Tabelle VIII. **E. Reihenfolge der kantonalen Abstimmungsergebnisse**

in kantonalen Angelegenheiten seit 1876, nach der Stimmbeteiligung (Verhältnis der gültigen Stimmen zu den Stimmberechtigten).

№	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
1	Proportionales Wahlverfahren	1893	Januar	29	82.6
2	Verfassungsentwurf 1890	1890	November	16	72.7
3	Gesetz über die Zivilbestattung	1891	August	14	72.2
4	Gesetz über die Staatssteuer	1885	Februar	8	70.1
5	Totalrevision der Verfassung	1889	Juli	7	65.4
6	Gesetz über das Verfahren bei Volksabstimmungen	1876	August	10	64.1
7	Gesetz über Pension der Kantonsschullehrer	1879	Februar	23	62.6
8	Gesetz über die direkten Steuern	1877	September	2	62.5
9	Partialrevision 1878, Punkt I	1878	Januar	13	62.5
10	„ 1878, „ II	1878	„	13	61.9
11	„ 1878, „ VI	1878	„	13	61.8
12	„ 1878, „ IV	1878	„	13	61.6
13	„ 1878, „ V	1878	„	13	61.6
14	„ 1878, „ III	1878	„	13	61.5
15	„ der Verfassung 1881	1881	Februar	6	55.5

NB. Diese Tabelle kann von 1893 an nicht mehr weitergeführt werden, da nach dem Abstimmungsgesetz von 1893 die Zahl der Stimmberechtigten jeweilen nicht mehr festgestellt wird.

Tabelle IX.

F. Reihenfolge der kantonalen Abstimmungsresultate

in kantonalen Angelegenheiten seit 1861, nach dem Verhältnis der Annehmenden beziehungsweise Bejahenden zu den gültigen Stimmen.

№	Gegenstand der Abstimmung	Datum der Abstimmung			%
a. Angenommene Vorlagen.					
1	Verfassungsentwurf 1861	1861	November	17	96.6
2	Verfassungsentwurf 1890	1890	"	16	81.3
3	Partialrevision der Verfassung	1881	Februar	6	73.8
4	Totalrevision der Verfassung	1889	Juli	7	67.4
5	Zinsfuss für Hypothekarschulden, I. Initiativvorlage	1896	Juni	28	63.3
6	Zinsfuss für Hypothekarschulden, II. Vorlage des Grossen Rates	1899	Juli	30	62.7
7	Begräbnisgesetz	1873	Juli u. August	—	54.8
8	Strafgesetz, Abschnitt G, Störung des konfessionellen Friedens	1874	Januar u. Februar	—	54.5
9	Partialrevision 1875, Punkt VIII, Erleichterung des Referendums	1875	September	12	52.9
b. Verworfenne Vorlagen.					
1	Proportionales Wahlverfahren II	1901	Januar	20	49.8
2	Gesetz betreffend Viehversicherung	1896	Juni	28	48.2
3	Gesetz betreffend Zivilrechtspflege I	1897	"	30	47.9
4	Einführung des proportionalen Wahlverfahrens I	1893	Januar	29	47.3
5	Gesetz über das Zivilbestattungswesen I	1892	August	14	46.5
6	Partialrevision 1875, Punkt VII	1875	September	12	44.6
7	" 1875, " VI	1875	"	12	42.6
8	Gesetz betreffend direkte Steuern	1900	Januar	28	42.6
9	Partialrevision 1875, Punkt I	1875	September	12	42.1
10	" 1875, " II	1875	"	12	40.5
11	" 1875, " V	1875	"	12	40.3
12	" 1875, " IV	1875	"	12	40.2
13	" 1878, " VI	1878	Januar	13	40.0
14	" 1875, " III	1875	September	12	39.9
15	" 1878, " I	1878	Januar	13	38.8
16	Gesetz betreffend IV. Seminarkurs	1897	Juni	30	38.3
17	Partialrevision 1878, Punkt III	1878	Januar	13	37.9
18	" 1878, " II	1878	"	13	36.7
19	Gesetz betreffend das Bestattungswesen II	1899	Juli	25	36.2
20	Gesetz betreffend Lehrersynode	1901	Februar	10	36.2
21	Partialrevision 1878, Punkt V	1878	Januar	13	35.6
22	" 1878, " IV	1878	"	13	35.4
23	Gesetz über das Verfahren bei Volksabstimmungen	1876	August	20	35.0
24	Gesetz über Viehversicherung	1870	Januar u. Februar	—	32.2
25	Gesetz über die Staatssteuer	1885	Februar	8	31.8
26	Gesetz über das Heiratskonkordat	1868	Mai u. Juni	—	31.2
27	Gesetz über die Besteuerung der Waldungen	1863	Januar u. Februar	—	26.3
28	Gesetz betreffend die Brandversicherung von Gebäuden	1896	August	23	26.3
29	Gesetz über das Jagdwesen	1896	Januar	19	20.0
30	Gesetz über die direkten Steuern	1877	September	2	19.5
31	Gesetz über die Erbsteuer	1873	Januar u. Februar	—	15.9
32	Gesetz über die Erbsteuer	1863	" " "	—	12.8
33	Gesetz über die Fabrikpolizei	1873	" " "	—	11.0
34	Gesetz über Pension der Kantonsschullehrer	1879	Februar	23	9.6
35	Gesetz über die Handänderungssteuer	1863	Januar u. Februar	—	5.1
36	Gesetz über die Stempelabgabe	1868	" " "	—	4.5
37	Gesetz über die Staatssteuern	1863	" " "	—	3.8